

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906**

18.1.1906 (No. 18)



# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 18. Januar.

№ 18.

1906.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einkaufsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.  
Unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

## Präsident Fallières.

\* Versailles, 17. Januar, 5 Uhr 30 Min.

Die Nationalversammlung wählte den Präsidenten des Senats, Fallières, mit 449 Stimmen zum Präsidenten der Republik. Auf Donner entfielen 371 Stimmen.

Mit der bei engem Zusammenschluß der radikalen Parteien erwarteten Mehrheit ist heute nachmittag Fallières zum Präsidenten der französischen Republik erwählt worden. Man darf die Franzosen zu der so rasch und ohne besondere Zwischenfälle erfolgten Neubestellung des höchsten Amtes gratulieren, das die Republik an ihre verdienstvollen Männer zu vergeben hat, und gewiß wird überall im Auslande, nicht zum wenigsten in Deutschland, der aufrichtige Wunsch gehegt werden, es möge Herrn Fallières vergönnt sein, während seiner Amtszeit eine Friedenspolitik im Innern und in den Auslandsbeziehungen der Republik wahren zu können.

Fallières ist in Mézin, einem Dörfchen im Departement Lot-et-Garonne, geboren. Er ist nicht aus demselben „Süden“ wie Herr Loubet, aber in gewisser Hinsicht sind alle „Südmänner“ sich ähnlich. So hat auch Fallières einige Züge, die ihm mit dem bisherigen Präsidenten der Republik, gemeinsam sind. Er ist mitteilbar wie Loubet, beredt wie dieser, und zwar von einer kräftigen und volkstümlichen südlichen Beredsamkeit. Er liebt sein engeres Heimatland, sein „Nest“ leidenschaftlich. Er ist ein ländlicher Philosoph. Sein Vater war zwar Greffier des Friedensgerichtes, aber durch eine lange Reihe häuerlicher Ahnen hängt Fallières mit der Scholle zusammen. Auch hält er das Bauernhäuschen, in welchem sein Großvater starb, in hohen Ehren. Dort verbringt er im Kreise der Familie seine Ferienzeit. Herr Fallières verdankt die Popularität, deren er in seiner Heimat genießt, seinen fortdauerlichen Umgangsformen, seiner Klugheit, seinem juristischen Wissen, seinem verständlichen Geist. Dieselben Eigenschaften, denen er seine Erfolge in der Politik verdankt, haben ihm die Verehrung seiner Mitbürger verschafft. Sie haben ihn darum seit langer Zeit zu öffentlichen Ämtern gewählt. Er hatte kaum sein Diplom als Advokat erhalten, als er schon Maire von Nérac und Generalrat wurde. Nach 16 Jahren legte er beide Ämter nieder, und zwar unter sehr originellen Umständen. Eines Tages sagte er zu seinen Kollegen: „Wir haben die Macht lange genug bewahrt. Es kommt hinter uns eine neue Generation. . . Wir wollen gehen! Platz der Jugend!“ Alle stimmten ihm bei. Aber als es sich darum handelte, von den Worten zur Tat überzugehen, war Herr Fallières der einzige, welcher seine Demission gab. Man hielt ihn für dieses freiwillige Opfer schuldig, indem man ihn am 20. Februar 1876 zum Deputierten wählte. Der junge Advokat vertauschte Nérac mit Paris. Das war sein erster Schritt auf der Bahn des Glücks. Niemand glaubte im Anfang, daß dieses Glück so rasch und mit solchem Glanze kommen würde. Vom ersten Tage an nahm Fallières in der Kammer eine bescheidene Haltung ein. Er drängte sich niemals vor. Er blieb ruhig auf seiner Bank und überließ anderen die Triumphe der Tribüne. Er selbst begnügte sich mit der Arbeit in den Bureau und Kommissionen, der undankbarsten — und nützlichsten. Dort erbrachte er den Beweis ausgedehnter Kenntnisse, praktischen Sinnes und sicheren Urteils. In dieser täglichen Arbeit erwarb er sich die Achtung und Zuneigung seiner Kollegen, und noch bevor er zu dem großen Namen gelangte, welchen in Frankreich nur die Tribüne geben kann, hatte er das erlangt, was man eine „situation de couloirs“ nennen kann, eine gewisse Autorität in den Gruppen, den Anfang der Mureole, über welche die Eingeweihten sich nicht täuschen und welche nur jene Männer umgibt, die bestimmt sind, „ihren Weg zu machen“. Die ganze Kammer hatte diesen Eindruck, als Fallières das erste Mal die Tribüne bestieg. Es war irgend eine Frage der juristischen Gesetzgebung, die ihn dahin geführt hatte, und über dieses Thema, welches ihm vertraut war, sprach er mit Fülle, Klarheit, gesundem Menschenverstand, mit einem jener prachtvollen, tönenden Organe des Landes von Toulouse, wo die Menschen als Sänger oder Redner zur Welt kommen. Von diesem Tage ab war Fallières designiert für die Macht, und kurz darauf begann er seine Laufbahn als Minister. Aber man ging damals weniger rasch ins Zeug als heute, und auch die befähigtesten Ministerkandidaten pflegten erst eine Art von Vorbereitungsdiens im Posten eines Unterstaatssekretärs durchzumachen. Car-

not, Casimir-Perier, Felix Faure, Constans, Bourgeois, Méline, Goblet, Raynal, Martin Feuillée und viele andere haben sich nicht für unwert erachtet, von der Piste auf zu dienen und sich durch bescheidene Anfänge zu höheren Geschäften vorzubereiten. Fallières war also auch Unterstaatssekretär, und er war es unter Umständen, welche wohl der Erinnerung wert sind. Herr Constans war damals Minister des Innern und war eben selbst Unterstaatssekretär bei Herrn Lepère gewesen. Lepère ist heute tot und vergessen. Trotzdem hat er seinen Platz sehr ehrenvoll ausgefüllt unter den Gründern der Republik, in jener Pbalanz von Männern voll Mut und Opferfreudigkeit, welche Gambetta umgaben. Herr Lepère hatte die glücklichsten Gaben und glänzendsten Eigenschaften, aber auch leider einen der schwersten Fehler für einen Staatsmann: er war zu gut. Der bloße Gedanke, jemandem wehe zu tun, machte ihn krank, und er konnte sich niemals dazu entschließen, einen Funktionär abzusetzen. Man hatte ihm deshalb als Roadjutor Herrn Constans beigegeben, der eine weniger gefühlvolle Seele hatte und dem es auf einen tüchtigen „Durchgang“ im Beamtenwalde nicht ankam. Als Constans Minister wurde, verbreitete sein Regierungsantritt Schrecken in der Beamenschaft. Man mußte daher einen Unterstaatssekretär finden, der ein Gegengewicht zu ihm bildete, wie er selbst ein Gegengewicht zu Herrn Lepère gebildet hatte. Früher hatte man eines Reizmittels bedurft, jetzt tat ein Beruhigungsmittel not. Fallières erschien als der Mann der Situation und entledigte sich seiner Aufgabe ausgezeichnet. Er war im Ministerium des Innern der Tröster der Betrüben. Von diesem Zeitpunkt an wurde Fallières „ministrel“. In weniger als 15 Jahren ist er achtmal Minister gewesen. Man riß sich um ihn bei allen Kombinationen. Hätte er gewollt, so wäre er Minister auf Lebenszeit geblieben. Er bewährte sich ebenso im öffentlichen Unterricht wie im Innern, im Innern wie in der Justiz. Als Duclerc im Jahre 1883 die Macht verließ, zu einer Zeit, in der tiefe Spaltungen die republikanische Partei zerklüfteten, urteilte der Präsident der Republik, daß der Mann, welcher die Einheit am besten herstellen könne, Fallières sei, dessen Autorität und Einfluß im Parlament stets wuchsen. Er wurde zum Ministerpräsidenten ernannt, aber man mußte zuvor seinen lebhaften Widerstand besiegen. Er traute seiner Kraft nicht, er glaubte nicht das nötige Zeug zum Premierminister zu haben. Es standen damals die Maßregeln gegen die Präferenten auf der politischen Tagesordnung. Fallières stellte sich am nächsten Tage der Kammer vor und wurde mit warmen Ovationen empfangen. Er war genötigt, das Wort in dieser heißen Angelegenheit zu ergreifen, und hatte die Nacht damit verbracht, seine Rede vorzubereiten. Er hatte den ersten Teil seiner Rede mit glänzendem Erfolg gehalten, als er sich plötzlich unwohl zu fühlen begann und auf der Tribüne ohnmächtig zusammenbrach. Er wurde nicht unbedenklich krank, mußte das Bett hüten und reiste nach seinem lieben Dorf, das ihm die Gesundheit wiedergab. Er mußte noch Minister unter Jules Ferry sein und das Portfeuille des öffentlichen Unterrichts übernehmen. Als er im Jahre 1892 zum Senator gewählt wurde, erklärte er, daß er auf Würden und Würden fortan verzichte. Vergeblich! Er wurde zum Präsidenten des Senats gewählt. Er mußte auch den Vorsitz im Staatsgerichtshof (Haute cour) führen, und ist heute zur höchsten Würde, die die Republik zu vergeben hat, emporgestiegen, zu ihrem Präsidenten.

## Eine Scheidung.

A Berlin, 16. Januar.

Im preussischen Abgeordnetenhaus hat sich ein Vorgang abgespielt, der zwar sachlich sich nur auf die Verteilung der Sitze in den Kommissionen auf die verschiedenen Parteien bezieht, aber auch vom allgemeinen Standpunkte eine gewisse symptomatische Bedeutung hat. Während bisher die polnische Fraktion in bezug auf die Besetzung der Kommissionen dem Zentrum zugerechnet wurde und es beiden Teilen überlassen blieb, wie sie sich über die Verteilung der ihnen gemeinsam überwiesenen Kommissionsitze unter sich verständigten, hat jetzt auf Anregung der polnischen Fraktion eine reinliche Scheidung zwischen beiden nach der Richtung stattgefunden, daß für die Folge dem Zentrum wie den Polen, jedem für sich, sein Anteil an den Kommissionsitzen zugewiesen wird. Betrachtet man dies im Zusammenhange mit dem schar-

(Mit einer Beilage.)

fen Gegenfaze, der sich in Oberschlesien zwischen den Polen und dem Zentrum herausgebildet hat, so wird man erkennen, daß diese fraktionale Taktik im preussischen Abgeordnetenhaus auf allgemeinere Ursachen zurückzuführen ist und man wird sich der Hoffnung hingeben dürfen, daß das Zentrum, wenn auch naturgemäß mit denjenigen Rücksichten, die seine bisherige Polenpolitik ihm gebieten, eine entsprechend veränderte Stellung zu den polnischen Bestrebungen in der Folge einnehmen wird. Dies gilt insbesondere auch gegenüber dem Verhalten des polnischen Klerus zur Seelsorge für die deutschen Katholiken in den Ostmarken. Hier sind, wie der Finanzminister in der Montagssitzung des Abgeordnetenhauses betont und der Minister des Innern zahlenmäßig begründet hat, in der Tat vom deutschen Standpunkte aus die schwersten und begründetsten Vorwürfe gegen die polnische Geistlichkeit zu erheben, die sich in dieser Frage, tatsächlich voll in den Dienst der Kolonisierungsbestrebungen gestellt hat. Mit Recht ist in jener Verhandlung deshalb die Geschichte des deutschen Katholizismus in dem Bereiche des Erzbistums Posen-Gnesen als eine wahre Leidensgeschichte bezeichnet worden. Man wird erwarten dürfen, daß, nachdem die engere Verbindung zwischen Zentrum und Polen aufgelöst ist, jenes sich mit größerem Nachdruck als bisher der Interessen der deutschen Katholiken in den zweisprachigen Landesteilen annehmen wird.

## Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

\* Berlin, 16. Januar.

Abg. v. Ellern (kons.) erklärt sich im ganzen mit dem Entwurfsentwurf einverstanden.  
Abg. Dertel (nat.-lib.) hofft, daß Mittel bereitgestellt werden für eine mögliche Zufriedenstellung der Kleinen und der Subalternbeamten.  
Abg. v. Dersow (Reichsp.) bedauert, daß nicht auch für die Subalternbeamten eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses vorgeschlagen werde.  
Abg. v. Gerlach (Hosp. der freif. Bgg.) tritt für eine Erhöhung der Bezüge der Unterbeamten ein.  
Abg. Kirch (Zentr.) bezeichnet das vorliegende Gesetz nur als ein Notgesetz.  
Abg. Burdhardt (Wirtschaftl. Bgg.) und Abg. Bruhn (Deutsche Reform.) wünschen Besserstellung der unteren und der Subalternbeamten.  
Unterstaatssekretär Zwele leugnet eine vom Vortredner behauptete Gegensätzlichkeit zwischen dem Reichsschatzamt und dem preussischen Finanzministerium.  
Die Vorlagen werden alsdann der Budgetkommission überwiesen.  
Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Entlastung des Reichsinvalidenfonds.  
Abg. Graf Triola (nat.-lib.): Die Bilanz des Reichsinvalidenfonds biete ein wenig erfreuliches Bild. Wenn man für eine Wehrsteuer eintrete, müsse man dafür sorgen, daß das Erträgnis aus derselben zur Auffüllung des Invalidenfonds verwendet werde. Redner beantragt Ueberweisung an die Budgetkommission, was geschieht.  
Es folgt die Beratung des dritten Nachtrages zum Etat mit 1998 050 M. und zum Etat der Schutzgebiete für 1905 mit 2407 875 M.

Der Kolonialdirektor, Erbprinz zu Hohenzollern-Kagenburg erklärt: Die Mehrforderungen dieses Etats seien verursacht durch die Lage im ostafrikanischen Schutzgebiet infolge des dort ausgebrochenen Aufstandes, ferner durch den Fehlbetrag der Usambara-Eisenbahn. Diese sei vorbehaltlich der Zustimmung des Reichstages an die deutsche Kolonialbahn- und Betriebsgesellschaft verpachtet. Hierdurch wurde erreicht, daß das Betriebsdefizit aufgehoben wurde und die Hoffnung besteht, daß sich für das Reich ein wenn auch nicht großer Betriebsüberschuss ergebe. Der Aufstand sei leider noch nicht unterdrückt, doch gelang es, denselben auf ein bestimmtes Gebiet zu beschränken. Zu einer pessimistischen Auffassung liege kein Grund vor. Notwendig sei es, die Machtmittel des Gouverneurs zu verstärken. Ferner sei eine schärfere Trennung der Militär- und der Zivilgewalt notwendig, um eine Störung in den Verwaltungsgeschäften zu vermeiden. Für die bereits gemachten Ausgaben werde um Admunität gebeten.

Abg. Erzberger (Zentr.) erklärt die Begründung der Nachtragsforderung für mangelhaft. Wenn solche Ausgaben notwendig werden, so müsse eben sofort der Reichstag zusammenberufen werden. Redner geht dann auf die Ursachen des Aufstandes ein, der hauptsächlich auf die Einführung der Frohnarbeit in den Baumwollplantagen zu einem Tagelohnsatz von 2 Pf. zurückzuführen sei. Die Rechte der Eingeborenen müßten gesetzlich festgelegt werden, nicht auf dem Verordnungswege seitens der Bezirksamtänner. Seine Freunde seien nicht gewillt, ein System weiter zu unterstützen, das im geraden Gegenfaze zu ihrer Auffassung stehe, das System der offiziellen und offiziellen Forderung des Mohammedanismus. Gegen eine dauernde Verhärterung der Polizeischuhtuppe habe seine Partei die allerhöchsten Bedenken, ebenso wie gegen die Belassung einer vollen Kompanie von Weisern. Redner beantragt schließlich Ueberweisung an die Budgetkommission.



Kapitän zur See Kapelle stellt den vom Vorredner hervor-  
gehobenen angeblichen Widerspruch zwischen einem Artikel der  
Norddeutschen Allgemeinen Zeitung und den Erklärungen  
des Reichstagsrats richtig. In jenem Artikel war gesagt wor-  
den, daß die Kosten für die Befahrung der auf der  
ostafrikanischen Station befindlichen Schiffe aus dem laufenden  
Marineetat bestritten werden könnten. Aus dem Marineetat  
waren wir aber nicht imstande, Krieg zu führen. Die Kriegs-  
gebühren seien auch bisher an die Mannschaften nicht ge-  
zahlt worden. Eine diesbezügliche Forderung sei dem Reichs-  
tag unterbreitet worden.

Geb. Rat Zeig weist den Vorwurf einer Verfassungsver-  
letzung durch die Regierung zurück. Als der Zustand aus-  
brach, stand noch keineswegs fest, daß zur Niederwerfung des-  
selben überhaupt Mittel über den laufenden Etat hinaus er-  
forderlich sein würden.

Abg. Paasche (nat. lib.) sieht die Ursache des Aufstandes  
weniger in der Zwangsarbeit als in dem fortwährenden Wechsel  
der Beamten, sowie in dem zu häufigen Reglementieren und  
Kommandieren, besonders beim Wegebau. Mit dem Zen-  
trum siehe seine Partei auf dem Standpunkte, das beste Recht des  
Reichstages, das Budgetrecht, nicht antasten zu lassen.  
In diesem Falle müsse man aber Gnade vor Recht ergehen  
lassen. Die Frage der Verstärkung der Schutz-  
truppe, vor allem die Frage einer dauernden Schutztruppe,  
müsse in der Kommission ernstlich geprüft werden. Die So-  
ziale Ostafrika gehe einer schnellen und großen Entwid-  
lung entgegen.

Abg. Südekum (Soz.) hält es für unzulässig, daß der-  
artige erhebliche Ausgaben für die Kolonien in den Nachtrags-  
etat gestellt werden.

Erzherzog zu Solms-Laubach erklärt: Zur Erlangung  
des Materials über die Ursachen des Aufstandes sei vom Gou-  
verneur Graf Göben an Ort und Stelle eine Kommission  
eingesetzt, um eine gründliche Untersuchung anzustellen. Soffent-  
lich arbeite diese Kommission möglichst rasch, so daß ihr Bericht  
schleunigst in welchem nicht nur die Ansichten der  
amtlichen Stimmen, sondern auch diejenigen von Privat-  
personen zum Ausdruck kommen.

Abg. Frhr. v. Nächsthofen-Damsdorf (konf.) stimmt der Kom-  
missionsberatung zu und betrachtet die Verletzung des Bud-  
getrechtes als nicht erheblich.

Abg. Erzberger (Zentr.) wundert sich über die laue Ver-  
teidigung der Budgetrechtsverletzung. Seine Partei verlange  
eine Reform des ganzen Kolonialsystems. Wenn die Verwal-  
tung auch ferner auf Fragen der Partei schweige, so werde  
diese ihre Konsequenzen für ihre fernere Haltung daraus  
ziehen.

Abg. Paasche (nat. lib.) verbittet sich die Äußerung des Abg.  
Erzberger, daß er angesichts der Regierung über die Kolonien  
anders spreche als in Privatkreisen. Auch habe er keine Veran-  
lassung, irgend etwas zurückzunehmen. Redner weist darauf  
hin, wie in den Kolonien Englands, Frankreichs, Hollands und  
Spaniens gestohlen werde; Unterschlagungen seien dort an der  
Tagesordnung.

Abg. Gothein (freis. Bgg.) behauptet, daß Paasche derartige  
schwere Anschuldigungen gegen die Beamten anderer Nationen  
erhoben hat.

Nach weiterer unerheblicher Debatte geht die Vorlage an die  
Budgetkommission.

Der vierte Nachtrags- und Etat zum Etat der Schutz-  
gebiete (für Südwestafrika) wird debattelos der Budget-  
kommission überwiesen.

Nächste Sitzung morgen nachmittags 2 Uhr: Initiativ-  
anträge auf Einführung von Diäten für  
Reichstagsabgeordnete.

Schluß 6 1/2 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

\* Berlin, 17. Januar.

Präsident Graf Ballestrem eröffnet die Sitzung um  
2 Uhr 20 Min. Zur Tagesordnung stehen die Anträge  
betreffend die Anwesenheitsgelder und freie  
Fahrt auf den Eisenbahnen für die Reichstagsabgeord-  
neten.

Abg. Kirsch (Zentr.) betont, der Reichskanzler müsse  
seinen Einfluß nunmehr für die Gewährung von Diäten  
geltend machen.

Abg. Waffermann (natl.) erklärt die Zustimmung  
seiner Partei zum Zentrumsantrag. Dem Reichstage  
seien viele wichtige Vorlagen unterbreitet. Ohne die  
Energie der Fraktionsführer sei es unmöglich, das Haus  
beschlußfähig zu erhalten.

Abg. Lenzmann (fr. Vp.): Es sei ein unhaltbarer Zu-  
stand, daß ein einziger Mann im Deutschen Reich sich  
der Gewährung der Diäten entgegenstelle, zu einer Zeit,  
wo man an den Reichstag mit ungezählten neuen Steuer-  
forderungen herantrete.

\* Berlin, 17. Jan. Die Reichstagskommission  
für die Steuervorlagen begann gestern ihre Ar-  
beiten und beschloß, erst die einzelnen Steuern und dann das  
Stempelgesetz zu beraten. Zum Generalberichterstatter wurde  
der Abg. Müller-Fulda bestimmt, welchem auch das Referat  
über das Stempelgesetz übertragen wurde. Die Kommission  
verteilte die einzelnen Referate auf die verschiedenen Parteien.  
In der Sitzung erklärte Staatssekretär Frhr. v. Stengel,  
er habe infolge Bemängelungen im Plenum die nochmalige Prü-  
fung der Höhe des zu deckenden Mehrbedarfs vornehmen lassen.  
Das Ergebnis sei jedoch kein anderes gewesen.

\* Berlin, 17. Jan. Die Budgetkommission des Reichs-  
tags setzte die Beratung über die Forderung von 200 000  
Mark für den Ausbau der Hofkönigsburg  
fort. Die Forderung wurde bewilligt; ebenso 65 000 Mark  
für das Deutsche Museum (Meisterwerke der Na-  
turwissenschaft und Technik) in München. Genehmigt  
werden ferner 43 850 Mark für eine Drachenstation  
am Bodensee zur Erforschung der oberen Luftschich-  
ten und 195 000 Mark als Beitrag für die internatio-  
nale Ausstellung in Mailand 1906, anläß-  
lich der Eröffnungsfeier des Simplontunnels. Sodann  
begann die Beratung der Forderung von 100 000 Mark  
für die Erweiterung des Kaiser-Wilhelmkanals  
mit Rücksicht auf die Größensteigerung der Schiffe und  
das Anwachsen des Schiffsverkehrs. Die Forderung wird  
bewilligt, ebenso 10 000 Mark für das Kleistgrab in  
Wannsee und 5 Millionen zur Förderung der Herstellung  
von kleineren Wohnungen. Die Kommission  
nahm ferner eine Resolution an, welche die Einstellung  
von 100 000 Mark zur Erforschung des Syphilis wünscht.  
Graf Posadowski steht der Forderung wohlwollend ge-

genüber. Die Kommission bewilligt ferner 250 000 Mark  
für Instandsetzung des Reichskanzlerpalais.  
Die Forderung von 858 000 Mark für den Bauplatz des  
Reichsmilitärgerichts in Charlottenburg wird noch nicht  
beraten, da verschiedene Abgeordnete den Bauplatz als viel  
zu teuer erklärten. Darauf beginnt die Beratung des  
Luftzuges.

### Die Eröffnung der Marokkokonferenz.

(Telegramme.)

\* Algier, 17. Jan. Die gestrige erste Sitzung der  
Marokkokonferenz wurde vom Vorkämpfer von  
Kadowitz als dem Delegierten der nach dem Alphabet  
an erster Stelle stehenden Macht eröffnet. Der Her-  
zog von Almodovar hielt, nachdem ihm auf An-  
trag von Kadowitz der Vorsitz in der Konferenz übertragen  
worden war, folgende Ansprache: Durch die Fest-  
setzung des Programms, das unseren Beratungen als  
Grundlage dienen soll, haben die Mächte deutlich ihr In-  
teresse daran gezeigt, daß Ordnung, Frieden  
und Wohlfahrt in Marokko herrsche. Die  
Mächte stimmen gleichfalls in der Erkenntnis überein,  
daß dieses kostbare Ziel nur durch Einführung von  
Reformen in Marokko erreicht werden kann. Re-  
formen, die beruhen auf dem dreifachen Grundgesetz der  
Souveränität des Sultans, der Integrität  
seiner Länder und der Gleichheit der Be-  
handlung in kommerzieller Beziehung,  
d. h. der offenen Tür. Als die Mächte das Programm  
annahmen, stellten sie sich jedoch nicht die Aufgabe, einen  
vollständigen Plan für die Umwandlung der Verwaltung  
Marokkos vorzulegen. Es würde sich vielmehr darum  
handeln, gemeinsam die Mittel zur Anwendung derjen-  
igen Maßregeln zu beraten, die sich heute schon als die  
dringendsten und wichtigsten zeigen. Das Vertrauen,  
das wir alle zu dem zivilisatorischen Einfluß des Frie-  
dens und des Handels hegen, berechtigt uns zu der Hoff-  
nung, daß diese Maßregeln noch wirksamer sein würden,  
wenn da, wo die Konferenz es für ausführbar hält, Po-  
liceikörper organisiert sein werden, wenn der  
Waffenstillstand für die öffentlichen Ausgaben, für  
die Ausrüstung der Häfen gesichert sind und wenn die  
Ruhe wieder hergestellt ist. Dann wird die bessere Würdi-  
gung der Wohltat des Friedens u. der Arbeit durch die ma-  
rokkanische Bevölkerung es dem Sultan gestatten, in sei-  
nem Reiche den Wünschen aller entsprechende Ansichten  
auf Wohlfahrt und Gedeihen zu eröffnen. Gegen-  
seitige Achtung der gegenseitigen Inter-  
essen und der aufrichtigen Wunsch, die gegenseitigen In-  
teressen in Einklang zu bringen, müssen nach meiner An-  
sicht mit den Grundsätzen der Souveränität  
des Sultans und der Integrität seines  
Reiches unsere Richtschnur auf der Konferenz sein.  
Wenn solche Gesinnungen uns nicht durch unsere eigene  
Geistesrichtung und den Geist, der unsere Regierungen  
beseelt, eingefloßt würden, so würde uns dies schon dik-  
tiert durch die erwartungsvolle Haltung der ganzen Welt,  
die eine eintrachtvolle Lösung erwartet, welche den Be-  
strebungen nach universeller Solidarität ent-  
spricht.

Nachdem der Herzog von Almodovar geendet hatte, er-  
hob sich der französische Delegierte, Revoil, und er-  
suchte die Konferenz um Zustimmung zu den vom Vor-  
sitzenden namens Spaniens aufgestellten Prinzipien. Als-  
dann gab v. Kadowitz offiziell im Namen Deutsch-  
lands die deutsche Anerkennung der drei fundamentalen  
Grundsätze, nämlich Souveränität des Sul-  
tans, Unabhängigkeit Marokkos und of-  
fene Tür für den Handelsverkehr aller Na-  
tionen kund.

Es folgte sodann, wie der „Lof. Anz.“ erfährt, der  
ein stimmige Beschluß, betreffend die tägliche Be-  
kanntgabe eines Resumés der im übrigen geheim  
zu haltenden Verhandlungen an die Presse.

Die Sitzung wurde um 4 Uhr geschlossen. Der Tag  
für die nächste Sitzung ist noch nicht bestimmt.

\* Algier, 17. Jan. Zu Sekretären wurden gewählt:  
der französische Vorkämpfer in Madrid, Pierre de Mar-  
gerie und der spanische Legationsrat Ping. — Unter den  
Diplomaten sind die Ansichten über die voraussichtliche Dauer  
der Konferenz geteilt. Vorwiegend ist die Meinung, daß  
mindestens vier Wochen erforderlich sein werden. Auf der Rede  
liegen jetzt zwei französische Kreuzer und ein Torpedoboot.  
Das amerikanische Geschwader in Gibraltar rüstet sich zur Ab-  
fahrt.

### Die Unruhen in den Kolonien.

(Telegramme.)

\* Berlin, 16. Jan. Gouverneur Graf Göben tele-  
graphiert aus Dar-es-Salaam folgendes: Major Frhr.  
v. Schleinitz schlug am 31. Dezember v. J. mit der  
15. Kompanie unter Hauptmann Wunderlich und der  
5. Kompanie unter Oberleutnant Wendland bei  
Mgoda, südwestlich von Mrogoro, 400 mit Gewehren  
bewaffnete Rebellen. Der Gegner ging nach den  
Lijungobergen am Ruaha, die in vier Kolonien  
nen im Gefecht vom 6. bis 8. Januar bestiegen wurden.  
Der Gegner verlor 73 Tote. Diesseits wurden vier Far-  
bige verwundet. Ein weiteres Aufgebot größerer feind-  
licher Truppen dort ist unwahrscheinlich. Die Bevöl-  
kerung zeigt im Gegensatz zu den Häuptlingen den  
Wunsch zur Unterwerfung.

\* Hamburg, 17. Jan. Der Dampfer „Gans Wörmann“  
traf heute morgen mit den Leutnants Steuerbourg,

Schaumburg und Bruggemann, dem Assistenzarzt  
Glemm, zwei Oberveterinären, acht Unteroffizieren und  
Mannschaften hier ein.

### Die Wahlen in England.

(Telegramme.)

\* London, 17. Jan. Nach den bis heute früh 8 Uhr  
vorliegenden Wahlergebnissen sind gewählt:  
164 Liberale, 24 Vertreter der Arbeiterpartei und 52  
Unionisten. Die Liberalen haben bisher 65 Sitze  
gewonnen, die Arbeiterpartei 21.

\* London, 17. Jan. In einer Rede, welche Cham-  
berlain gestern in Kumaton hielt, gab er seiner  
Sympathie für den im Wahlkampf unterlegenen ehe-  
maligen Premierminister Balfour Ausdruck und  
äußerte die Überzeugung, daß Balfour nur kurze Zeit  
dem Unterhaus nicht angehören werde. Balfours Nie-  
derlage sei allerdings nicht nur eine persönliche. Es sei  
zwecklos, die Tatsachen als geringfügig hinzustellen. Die  
Partei habe in den letzten Tagen eine schlimme Nieder-  
lage erlitten. Sie solle daraus die Lehre ziehen, daß  
sie ihre Bemühungen verdoppeln müsse. Nach seiner  
Meinung werde eine Reaktion eintreten, und zwar schnel-  
ler, als bei früheren Gelegenheiten. Er, Chamberlain,  
sei persönlich durch das gegenwärtige Mißgeschick keines-  
wegs mutlos geworden. Von Anfang an habe er es aus-  
gesprochen, daß er nicht glaube, daß seine neue Politik  
beim ersten Wahlgang schon siegreich sein werde. Er sei  
darauf vorbereitet gewesen, daß er in 2 ja 3 oder 5 Wäh-  
len auftreten müsse. Wenn Campbell-Bannerman glaube,  
daß er die Agitation für Reziprozitätsbehandlung des  
fremden Handels und für eine Bevorzugung des Handels  
der Kolonien vernichtet habe, so befinde er sich in einem  
starken Irrtum. Solange er, Chamberlain, lebe, werde  
er die Agitation fortsetzen, und wenn er gegangen sei,  
werde es Leute geben, die sie weiterführen.

### Bur Lage in Rußland.

(Telegramme.)

\* St. Petersburg, 16. Jan. Die St. Petersburger  
Telegr. Agentur erklärt: Wir erfahren aus maßgebender  
Quelle, daß alle von fremden Berichterstattern dem Aus-  
lande gesandten, teils russischen Blättern entnommenen  
Nachrichten durchaus falsch sind, nach denen Witte  
die Absicht hätte, die Verwirklichung des Kaiser-  
manifestes vom 30. Oktober zu verlangsamen  
und die Bedeutung des Erlasses zu verringern. Wir sind  
ermächtigt, die Erklärung bestimmt auszusprechen und  
zugleich davor zu warnen, daß man den durchaus un-  
richtigen Nachrichten dieser Art Glauben schenke. Witte  
ist ausschließlich und in ganzem Umfang  
auf der Grundlage des Manifestes tätig,  
das uneingeschränkt ausgeführt wird. Dies wird dem-  
nächst jedermann sehen. Die von der Regierung gegen  
die revolutionäre ergriffenen strengen Maßnahmen er-  
klären sich gerade durch den Wunsch der Regierung, die  
im Manifest vom 30. Oktober verkündeten Grundsätze zu  
verteidigen, deren Durchführung den unwandelbaren Wil-  
len des Kaisers und das nächste Ziel der Regierung des  
Kaisers bildet.

\* St. Petersburg, 17. Jan. In der vergangenen  
Nacht wurde der Arbeiter-Delegiertenrat,  
insgesamt 22 Personen, verhaftet. Die Dokumente  
und Briefschaften, die beschlagnahmt wurden, erweisen,  
daß der Arbeiterdelegiertenrat aus Revolutionären be-  
steht, die der Arbeiterklasse nicht angehören.  
In behördlichen Kreisen glaubt man, daß die Ausdeh-  
nung der revolutionären Organisationen infolge der  
Verhaftung des Arbeiterdelegiertenrats durch Beschlag-  
nahme der Dokumente sehr erschwert worden ist.

\* St. Petersburg, 17. Jan. Der Arbeiterrat gab noch-  
mals bekannt, daß das Proletariat den 22. Januar  
als Gedenktag der Trauer mit einständiger Arbeits-  
einstellung begehe. Jegend welche Kundgebung würde  
nicht stattfinden.

\* Moskau, 17. Jan. Der Stadthauptmann Baron Medem  
wurde von der russischen Regierung nach Deutschland ge-  
sandt zum Studium des Gendarmetrie- und Polizei-  
wesens.

\* Odesa, 17. Jan. Im Gouvernement Besarabien ist  
ein Bauernaufstand ausgebrochen. Das Bauernkomitee  
beschloß, alle Privatgüter zum Bauerneigentum zu er-  
klären.

\* Jertsk, 17. Jan. Der Eisenbahnverkehr ist  
noch nicht geregelt. Schnellzüge verkehren nicht. Die  
Zahl der Militärsüge ist auf drei täglich beschränkt.

\* Penza, 17. Jan. Der Kommandeur des 78. Infanterieregi-  
ments, Generalleutnant Lissowski, wurde am 15. Januar  
durch drei Revolverkugeln auf der Straße getötet. Der  
Mörder ist entkommen.

\* Samara, 17. Jan. Infolge einer vorgetommenen Ex-  
plosion ist hier eine Bombenfabrik entdeckt worden.

\* Tiflis, 17. Jan. Die Armenierinnen aus Schuscha  
richteten an die Gemahlin des Statthalters telegra-  
phisch die Bitte, die Armenier gegen die Gewalttätigkeiten der  
Tataren und Kirgisen zu schützen und vor Hunger und Kälte  
zu retten.

\* St. Petersburg, 17. Jan. Aus Tiflis wird gemeldet,  
daß die georgianische Geistlichkeit sich für Unabhängigkeit und  
Selbständigkeit der georgianischen Kirche entschieden und be-  
schloß, am 27. Januar die Beziehungen zum Synod abzu-  
brechen.



\* Selsingfors, 17. Jan. Die streifenden Telegraphen erklären, daß der Zusammenhalt unter den Aufständischen nicht länger aufrecht erhalten werden könnte und daß es daher jedem einzelnen überlassen bleibe, nach Gvidünen seine Tätigkeit wieder aufzunehmen. Das Streikkomitee hat seine Tätigkeit eingestellt.

#### Die Vorgänge in den Ostprovinzen.

\* Königsberg, 16. Jan. Der Dampfer „Wolga“ ist von der Regierung angehalten worden, nach seinem Heimatshafen Stettin zurückzukehren.

## Großherzogtum Baden.

\* Karlsruhe, 17. Januar.

\*\* Ueber den Inhalt des am 15. d. M. der Zweiten Kammer vorgelegten Gesetzentwurfs betreffend die Milderung des Gesetzes über den Elementarunterricht werden in verschiedenen Zeitungen irrtümliche Angaben, insbesondere bezüglich der Höhe der Lehrergehälter und der Uebergangsbestimmungen verbreitet.

Wenn auch der Entwurf in wenigen Tagen gedruckt und der Öffentlichkeit zugänglich sein wird, so wollen wir doch heute schon feststellen, daß in dem Gesetzentwurf für die Hauptlehrer an den Volksschulen Gehälter von 1400—2600 M., erreichbar nach Zurücklegung von 23 Dienstjahren, vorgesehen sind. Nach den Uebergangsbestimmungen sollen sämtliche Lehrer mit Wirkung vom 1. Januar 1906 ab in Gehalte von 1400 bis 2300 M. einrücken. Die ältesten Lehrer, die sich bereits seit drei Jahren im Besitze des bisherigen Höchstehältes befinden — deren Zahl beläuft sich auf 957 — erhalten eine weitere Zulage von 150 M., so daß sie vom 1. Januar 1906 ab einen Gehalt von 2450 M. beziehen und am 1. Januar 1909 den Höchstehalt von 2600 M. erreichen werden. Weitere 115 Lehrer werden im Laufe der Budgetperiode 1906/07 in den Gehaltsbetrag von 2450 M. einrücken.

\*\* Die „Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen“, der nahezu die sämtlichen deutschen, österreichischen, ungarischen, holländischen u. rumänischen Eisenbahnen umfaßt, brachte in ihrer Nr. 1 vom laufenden Jahre einen „Widderblick auf das Jahr 1905“ überschriebenen Artikel aus der Feder ihres Redakteurs v. Wahlenfels, worin an erster Stelle der damalige Stand der Betriebsmittelgemeinschaft und der Personentarifreform erwähnt und einer gewissen Enttäuschung darüber Ausdruck gegeben wird, daß diese beiden Hauptfragen nicht diejenige Entwicklung genommen haben, die nach den anfänglichen Fortschritten der Verhandlungen hätte erwartet werden können. Diese in durchaus ruhiger und sachlicher Weise gehaltenen Darlegungen, mit denen wohl die Ansicht zahlreicher Deutscher innerhalb und außerhalb Preußens vollkommen übereinstimmt, gibt dem „Badischen Landesboten“ in seiner Nr. 15 vom 16. d. M. zu einem Artikel unter der Ueberschrift „Sieg auf der ganzen Linie“ oder „Ein preußisches Fiasko!“ Anlaß, worin der preussische Eisenbahnminister in einer Weise angegriffen wird, wie sie sonst nur in Blättern zu finden ist, welche auf das Sensationsbedürfnis ihrer Leser spekulieren.

Der den Erörterungen über Betriebsmittelgemeinschaft und Personentarifreform in den Parlamenten und der Presse auch nur mit einiger Aufmerksamkeit gefolgt ist, wird darüber erstaunt sein, wie in jenem Artikel bekannte Tatsachen in tendenziöser Weise entstellt werden. Wiederholt ist schon darauf hingewiesen worden, daß die Schaffung einer deutschen Betriebsmittelgemeinschaft von Württemberg angeregt und daß diese Anregung alsbald von Baden aufgenommen und nachdrücklich unterstützt worden ist. Ueber Wesen und Bedeutung der Gemeinschaft im allgemeinen hat die Badische Regierung wiederholt den Landständen Mitteilung gemacht, wobei auch bestimmt erklärt wurde, daß Preußen niemals auch nur den leichesten Versuch gemacht hat, die Selbstständigkeit der Badischen Staatsbahnen irgendwie anzutasten. Die Budgetkommission der Zweiten Kammer hat in der letzten Session dem dringenden Wunsch Ausdruck gegeben, daß die Verhandlungen fortgesetzt und, wenn irgend möglich, zu einem befriedigenden Ergebnis gebracht werden möchten, indem die so wünschenswerte Vereinfachung unserer Eisenbahnbetriebsverhältnisse dadurch eine mächtige Förderung erfahren würde.“ Die zur politischen Partei des „Badischen Landesboten“ gehörige „Frankfurter Zeitung“, die schon seit langer Zeit für eine größere Vereinheitlichung des Verkehrsnetzes eintritt, sprach in dem Leitartikel ihrer Nr. 318 vom 16. November v. J. mit aufrichtigem Bedauern von dem Scheitern „des groß angelegten ursprünglichen Planes der Betriebsmittelgemeinschaft, der zugleich eine Erfüllung der Reichsvereinfachung bringen sollte.“ Angesichts dieser Tatsachen jubelt der „Badische Landesbote“ „über das Fiasko preussischer Expansionsgelüste, wie es pompöser nicht gedacht werden kann!“

In dem vorerwähnten Artikel erkennt ferner die „Frankfurter Zeitung“, die an sich aus ihren Bedenken gegen die geplante Tarifreform keinen Hehl macht, auch den Zusammenhang an, der für die Staatsbahnverwaltungen von Baden und Württemberg zwischen der von diesen gewünschten Betriebsmittelgemeinschaft mit ihrer gemeinsamen Benützung auch der Personentragen einerseits und der Personentarifreform andererseits bestand und für die Absicht dieser Verwaltungen, die IV. Klasse zu übernehmen, auch tatsächlich maßgebend war. Der „Badische Landesbote“ jubelt aber auch hier wieder: „Das badische Kilometerbest hat die preussische IV. Klasse aus dem Feld geschlagen!“ Die Entdeckung des Zusammenhangs zwischen dem Kilometerbest und dem Schwanken der Hoffnung auf das Zustandekommen der Betriebsmittelgemeinschaft, wodurch die badische Regierung erst zur Milderung ihrer Absicht hinsichtlich der Einführung der IV. Klasse veranlaßt wurde, blieb allerdings dem „Badischen Landesboten“ vorbehalten.

Auf die Frage der Personentarifreform soll hier im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen hierüber im Eisenbahntat und im Landtage nicht eingegangen werden. Dringend zu wünschen ist nur, daß, wenn hierbei der in dem Artikel des „Badischen Landesboten“ zum Ausdruck kommende Geist der

Selbstüberhebung und der Gehässigkeit gegen andere deutsche Eisenbahnverwaltungen, die in berechtigter Wahrung der Interessen ihres Verkehrsgebietes handeln, sich ebenfalls zur Geltung zu bringen suchen sollte, dem auch von der Mehrheit der Zweiten Kammer mit Entschiedenheit entgegengetreten werden möge. Denn das liegt wohl für jeden Einsichtigen auf der Hand, daß so unbegründete und noch dazu in der Form so bedauerliche Angriffe auf die größte deutsche Eisenbahnverwaltung, wie sie vom „Badischen Landesboten“ gemacht worden sind, im Hinblick auf die zahlreichen Berührungspunkte und gemeinsamen Aufgaben der deutschen Eisenbahnverwaltungen nur aufs tiefste beklagt werden können.

\* (Kaiserfeier der Bürgerchaft.) Das soeben veröffentlichte Programm für das Festbankett am 25. d. M. verspricht den Besuchern der Kaiserfeier einen unterhaltenden und genussreichen Abend. Herr Stadtmusiker Franz Stibb, Mitglied des „Liedertranges“, bekannt durch seinen zur vorjährigen Kaiserfeier gedichteten Prolog, hat auch diesmal wieder in schwingvollen Versen ein Festgedicht verfaßt, das von Herrn Hofkapellmeister Fris Soot vorgetragen wird. Die vereinigten Männergesangsvereine (etwa 250 Sänger) bringen vier der schönsten und beliebtesten Chöre unter der Leitung des Herrn Seminarlehrers Baumann, Chorleiters der Liedertafel, zum Vortrag. Herr Kammerjäger Max Bättnier hat es freundlichst übernommen, durch zwei Lieder und den feierlichen Prolog aus der Sechshundertköpfigen Angertentafel „Aus Deutschlands großer Zeit“ die Zuhörer zu erfreuen. Herr Baumann wird ihn hierbei auf dem Klavier begleiten. Für die Medaillen sind Herr Geh. Hofrat Professor Dr. v. Oebelhäuser (Trinnspruch auf den Kaiser), Herr Stadtrat Schlebach (Trinnspruch auf das Vaterland) gewonnen. Großes Interesse dürfte auch das von den Militär- und Waffenerzeugern zur Aufführung vorbereitete Festspiel „Neujahrsnacht im Felde“, von dem früheren Mitglied des Großh. Hoftheaters, Herrn Hofkapellmeister Fris Brehm verfaßt und von Herrn Hofoperntänzer a. D. Peter Ludwig einstudiert, erwecken. Die Stellung der Bilder hat Herr Hoftheatermaler Direktor Albert Wolf gütig zugesagt. Das Musikspiel ist der Leibgardiekapelle unter der Leitung des Herrn Königl. Musikdirektors Böttge übertragen. — Die Eintrittskarten für die obere Galerie, wozu nur Damen in beschränkter Anzahl zugelassen werden, sind den an der Feier teilnehmenden Vereinen bereits behändigt, weitere Karten sind nicht mehr verfügbar. In den Saal haben nur Herren Zutritt (ohne Karten). Die Halle wird festlich geschmückt und beleuchtet. Die Besucher werden gut daran tun, sich am Festabend zeitig ihre Plätze zu sichern; das Belegen von Tischen und Stühlen ist nicht gestattet.

— (Konzert Wagner-Schünemann.) Die Pianistin Fräulein Lise Wagner und die Sologängerin Fräulein Elisabeth Schünemann aus Berlin gaben am Montag im Museumsaal ein Konzert, das eines sehr regen Besuches sich erfreute. Fräulein Wagner ist eine talentvolle Klavierspielerin mit sehr gut entwickelten technischen Eigenschaften und korrekter Vortragweise. In Beethovens Es-dur-Sonate op. 31 Nr. 3, den Brahms'schen Variationen über ein ungarisches Lied op. 21 Nr. 2, sieben ausgewählten Nummern aus Schumanns „Davidsbündler“ und dem „Andante pianissimo“ und „Grande polonaise brillante“ in Es-dur von Chopin hatte die junge Dame sich wohl einige sehr schöne und große, aber für ihre gegenwärtige Entwicklungsstufe noch allzu anspruchsvolle Aufgaben gestellt. So z. B. vornehmlich Brahms's Variationen und die „Davidsbündler“ von Schumann; bei letzteren mangelte die Kraft und Wucht zu sicherer Bewältigung der technischen Schwierigkeiten, bei letzteren die feisliche Vertiefung im musikalischen Vortrag. Fräulein Schünemann verfügt, soweit eine starke Indisposition, mit der die Dame zu kämpfen hatte, wahrnehmen ließ, über eine wohlgebildete, schöne Altstimme, und singt mit warmem Gefühl und verständnisvoller Auffassung. Lebhaften Beifall erweckten zwei altitalienische Arien von Calzavara und Buononcini, außerdem je drei Lieder von Brahms und Hugo Wolf. Mit Schuberts „Heidenröslein“, dessen Vortrag für eine derartig tiefe, schwere Stimme sich durchaus nicht eignet, hatte die Sängerin weniger glücklich gewählt. Am Klavier begleitete Herr Curt Herold gewandt und sicher.

\* Heidelberg, 15. Jan. Letzten Samstag haben die Mozartfeiern begonnen. Den Anfang machten „Seligs Kammermusikabende“, die mit Kammermusikwerken unter Zugabe des „Frankfurter Quartetts“ u. des Karlsruher Marineinfanterieklapp, ein Trio, ein Streichquartett und das Klarinettenquintett in reiflicher Ausführung boten. Im Stadttheater ist Nefflers „Trompeter“ neu einstudiert in Szene gegangen und gab dem beliebten Barytonisten Haß Gelegenheit, Triumphe zu feiern.

\* Konstanz, 17. Jan. (Telegr.) Graf Zeppelins heutiger Versuch mit dem lenkbaren Luftschiff ist gelungen. Er manövrierte längere Zeit nach Immenstaad und zurück trotz des herrschenden Windes.

## Neueste Nachrichten und Telegramme

\* Berlin, 16. Jan. Der Oberbürgermeister von Altona, Dr. Feitenborn, wurde in das Herrenhaus berufen.

\* Berlin, 17. Jan. Der Zustand des Frl. v. Richthofen hat sich in der vergangenen Nacht erheblich verschlimmert. Gegen 6 Uhr morgens traten Zeichen akuter Herzschwäche auf, so daß höchste Lebensgefahr besteht.

\* Dresden, 17. Jan. Seine königliche Hoheit Prinz Ludwig von Bayern ist heute vormittag zum Besuche des hiesigen Hofes eingetroffen. Zum Empfang waren Seine Majestät der König und Prinz Johann Georg auf dem Bahnhof anwesend.

\* Wien, 17. Jan. Von maßgebender bulgarischer Seite wird mitgeteilt, daß die bulgarische Regierung ihre Zollbehörden angewiesen habe, Herkünfte aus Oesterreich-Ungarn bis auf weiteres nach dem Grundgesetz der Reichsvereinfachung zu behandeln. Der bulgarischen Regierung begünstigt Oesterreich-Ungarns die Erklärung zugegangen, daß Herkünfte aus Bulgarien in Oesterreich-Ungarn bis auf weiteres in gleicher Weise behandelt werden würden.

\* Budapest, 16. Jan. In dem Dorfe Vile im Komitat Bereg kam es gelegentlich der Wahl zur einem blutigen Zusammenstoß zwischen der Volksmenge und der Gendarmen. Sechs Bauern und zwei Gendarmen wurden getötet, zwei Gendarmen wurden verwundet. Nach dem Schluß des Konflikts wurde Militär entsandt.

\* Paris, 17. Jan. Der Kommandeur der Division Algier, General Vailloud, ist zum Kommandeur des 20. Armeekorps in Nancy ernannt worden.

\* Rom, 17. Jan. Der italienisch-bulgarische Handelsvertrag ist gestern unterzeichnet worden.

\* Madrid, 17. Jan. Die Deputiertenkammer lehnte auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Moret einstimmig das Ent-

lassungsgesuch des Kammerpräsidenten Marquis Rega de Armijo ab.

\* Konstantinopel, 17. Jan. Der berüchtigte griechische Bandenführer Georgi Guita in Kaza Karakera ist im Wajet Saloniki gefangen genommen worden.

\* Sanea, 16. Jan. Die Ergebnisse der Wahlen sind, soweit bis jetzt bekannt, der Opposition günstig gewesen. In Giorgopolis und Cambane, wo die Anhänger der Regierung den Versuch machten, die Wahlurne mit Gewalt fortzunehmen, kam es zu ernstlichen Unruhen. Die kretenische Gendarmerie mußte mit Hilfe einer italienischen Truppenabteilung einschreiten. Mehrere Personen wurden getötet und verwundet. Auf Seiten der Truppen wurde ein Soldat verwundet. Verstärkungen an Gendarmerie und Militär sind nach diesen Orten abgegangen, um die Ordnung wiederherzustellen.

\* Schifu, 16. Jan. Gestern wurden in Gegenwart des französischen Konsuls die drei Chinesen hingerichtet, die zur Zeit der Kämpfe um Fort Arthur den französischen Marineattaché de Cuberville ermordeten.

## Verschiedenes.

\* Berlin, 17. Jan. Der nationalliberale Landtagsabgeordnete Wirtl, Geh. Oberregierungsrat und vortragender Rat im Ministerium der öffentlichen Arbeiten Schwedendie ist heute gestorben.

\* Breslau, 17. Jan. Der schlesische Dichter Johannes Reinekt (Pshlo vom Walde) ist gestorben.

\* Altona, 17. Jan. Gemeindevorsteher Ellerbrock in Sülldorf fiel aus Unvorsichtigkeit einem Knecht die Heugabel in die Augen. Der Knecht war sofort tot.

\* Frankfurt, 17. Jan. In den Höchster Färbwerken fand gestern eine Explosion statt, wobei ein Arbeiter getötet wurde.

oc. Ludwigshafen a. Rh., 16. Jan. Das Extragnis der elektrischen Straßenbahnen pro 1905 ist 455 309 M. gegen 402 192 M. im Jahre 1904. — Hier erlitt die Frau des Lokomotivführers Haaf infolge Explosion einer Petroleumlampe lebensgefährliche Brandwunden.

\* Paris, 17. Jan. Die mit der Auswähl der Rennstrecke beauftragte Kommission des französischen Automobilklubs hat sich für die 1906 abzuhaltende Prüfung für die Sarthe-Strecke entschieden. Das Rennen wird in zwei Tagen abgehalten werden. Als Tagesleistung werden 600 Kilometer in Aussicht genommen.

\* Messina, 16. Jan. In der vergangenen Nacht wurde hier ein wellenförmiges, sieben Sekunden dauerndes Erdbeben verspürt, das jedoch keinen Schaden anrichtete.

\* Reggio di Calabria, 16. Jan. Heute nacht gegen 1 1/2 Uhr fand ein Erdbeben statt, das zehn Sekunden anhielt und dem ein sehr starkes Getöse vorausging.

## Literatur.

\* Vollmoeller: Der deutsche Graf. (S. Fischer, Verlag, Berlin.) Geh. 3 M., geb. 4 M. „Der deutsche Graf“ von Vollmoeller ist die erste größere in Prosa geschriebene Arbeit des Dichters. Wie in seinen Versdramen zeigt der Verfasser auch hier eine ungewöhnliche Kraft sinnlich plastischer Ausdruckweise und suggestiver Gewalt. In dem verdichteten Milieu der französischen Gesellschaft zur Zeit Ludwigs XV. hält die Männer-tugend, die Treue und die Freundschaft des bis zur Selbsterleugnung edlen deutschen Grafen Tott allen Versuchungen stand. Wie er, der Held, als Opfer seiner hohen Vorzüge durch die Hand eines Hochkaplans zu Grunde geht, ist in dramatisch spannenden Etappen mit komödiantischer Ironie, aber nichtsdestoweniger mit tief innerlicher Anteilnahme für das Schicksal der Hauptfigur geschildert.

## Großherzogliches Hoftheater

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Donnerstag, 18. Jan. Abt. C. 34. Ab.-Vorst. Neu einstudiert: „Die Welt, in der man sich langweilt“, Lustspiel in 3 Akten von Pailleron. Herzogin von Nevilla: Amalie Cramer vom Leipziger Schauspielhaus. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Freitag, 19. Jan. Abt. A. 36. Ab.-Vorst. „Die Jüdin“, große Oper in 5 Akten von Halévy. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

Samstag, 20. Jan. Abt. B. 35. Ab.-Vorst. „Emilia Galotti“, Trauerspiel in 5 Akten von Lessing. Claudia: Amalia Cramer vom Leipziger Schauspielhaus als Gast. Anfang 7 Uhr, Ende gegen halb 10 Uhr.

Sonntag, 21. Jan. Abt. C. 36. Ab.-Vorst. „Barfüßler“, Oper in einem Vorspiel und zwei Bildern (nach Auerbachs Erzählung) von Victor Léon, Musik von Richard Heuberger. — „Phantasten im Bremer Ratstafel“, phantastisches Tanzbild frei nach Wilt, Musik von Emil Graeb, Musik von Steinmann. Anfang halb 7 Uhr, Ende 10 Uhr.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrometeorologie vom 17. Januar 1906.

Die Luftdruckverteilung ist im wesentlichen die gleiche, wie am Vortag. Während ein Hochdruckgebiet den Südoften Europas bedeckt, beherrscht eine über der nördlichen Nordsee gelegene Depression die Witterungsverhältnisse von Nord- und Mitteleuropa. Bei vorherrschend südwestlichen Winden ist es deshalb in Deutschland kühl, mild und regnerisch. Eine wesentliche Veränderung ist vorerst nicht zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 17. Januar 1906, früh.

Lugano wolkenlos — 3 Grad; Biarritz bedeckt 13 Grad; Nizza halbbedeckt 5 Grad; Triest wolkenlos 3 Grad; Florenz wolkenlos 1 Grad; Rom wolkenlos 3 Grad; Cagliari wolkenlos 9 Grad; Brindisi wolkig 7 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Januar	Barom. um	Therm. in C.	Windst. in mm	Feuchtigkeit in %	Wind	Witterung
16. Nachts 9 <sup>00</sup> U.	757.3	6.9	6.1	83	E	bedeckt
17. Morgs. 7 <sup>00</sup> U.	755.0	9.3	5.8	66	SW	„
17. Mittags. 2 <sup>00</sup> U.	752.0	11.7	5.9	57	„	„

\* Sturm und Regen. \* Sturm.

Höchste Temperatur am 16. Januar 8.6; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 5.6.

Niederschlagsmenge des 16. Januar: 0.6 mm.

Wasserstand des Rheins, Mainz, 17. Januar: 4.14 m, gefallen 12 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Käß in Karlsruhe.

Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.



# Subskription

auf  
nominal **Mark 4 400 000**  
**3 1/2 % Anleihe**scheine der **Stadt Bonn**  
vom Jahre 1906.

Der Stadt **Bonn** ist durch Privileg vom 4. Dezember 1905 behufs Beschaffung der Mittel zum Ankauf der bisher von der Rheinisch-Westfälischen Bahngesellschaft betriebenen Pferdebahnanlagen innerhalb der erweiterten Stadtgemeinde sowie der Dampfbahn Bonn-Mehlem, zur Umwandlung des Pferdebahnbetriebs in elektrischen Betrieb und zum weiteren Ausbau des Straßenbahnnetzes die Genehmigung zur Ausgabe von  
**nom. M. 4.400.000 Anleihe**scheinen

erteilt worden.  
Die Anleihe ist 3 1/2 % und gelangt in Abschnitten zu M. 5000, 2000, 1000 und 500 zur Ausgabe.  
Die planmäßige Tilgung der Anleihe beginnt im Jahre 1907 und geschieht auf Grund von Verlosung oder Ankauf der Anleihe

scheine aus einem Tilgungsstock, dem jährlich wenigstens 1 1/4 % des Anleihekapitals unter Zuwachs der ersparten Zinsen zuzuführen sind. Die Auslosungen finden im September jeden Jahres statt, erstmalig im September 1907.  
Der Stadt Bonn bleibt jedoch das Recht vorbehalten, eine stärkere Tilgung eintreten zu lassen oder auch sämtliche noch im Umlauf befindlichen Anleihe

scheine auf einmal zu kündigen. Die durch die verstärkte Tilgung ersparten Zinsen wachsen ebenfalls dem Tilgungsstock zu.  
Die Einlösung der Zins

scheine, welche am 2. Januar und 1. Juli jeden Jahres, erstmalig am 1. Juli 1906, fällig sind, sowie diejenige der zur Rückzahlung gelangenden Anleihe

scheine erfolgt außer bei der Stadthauptkasse, bei der **Deutschen Bank, Berlin** und deren Filialen, bei der **Bergisch Märkischen Bank, Elberfeld** und deren Zweiganstalten, sowie bei der **Rheinischen Creditbank, Mannheim** und deren Filialen und Niederlassungen.  
Die Zulassung der Anleihe zum Handel an der Berliner Börse wird beantragt werden.  
Wir legen die genannten

**nom. Mark 4 400 000 3 1/2 % Bonner Stadtanleihe vom Jahre 1906**  
unter nachstehenden Bedingungen zur öffentlichen Zeichnung auf:

1. Die Zeichnung findet **Montag den 22. Januar 1906**

<p>gleichzeitig in <b>Berlin</b> bei der <b>Deutschen Bank</b>, sowie deren Filialen, " <b>Bonn</b> " " <b>Bergisch Märkischen Bank Bonn</b>, " <b>Cöln</b> " " <b>Bergisch Märkischen Bank Cöln</b>, " <b>Düsseldorf</b> " " <b>Bergisch Märkischen Bank Düsseldorf</b>, " <b>Elberfeld</b> " " <b>Bergisch Märkischen Bank</b>, sowie bei deren Zweiganstalten und Commanditen,</p>	<p>in <b>Freiburg i. B.</b> bei der <b>Filiale der Rheinischen Creditbank</b>, " <b>Heidelberg</b> " " <b>Filiale der Rheinischen Creditbank</b>, " <b>Karlsruhe</b> " " <b>Filiale der Rheinischen Creditbank</b>, " <b>Mannheim</b> " " <b>Rheinischen Creditbank</b>, sowie bei deren Filialen und Niederlassungen, " <b>Straßburg i. E.</b> " " <b>Rheinischen Creditbank Fil. Straßburg i. E.</b></p>
---	--

während der bei jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden auf Grund des bei jeder Stelle erhältlichen Anmeldeformulars statt. Früherer Schluß der Subskription ist dem Ermessen jeder einzelnen Stelle vorbehalten.

2. Der Subskriptionspreis beträgt **98,25 %** zuzüglich laufender Stückzinsen vom 1. Januar 1906 ab; außerdem hat der Zeichner den Stempel der Zeichnungsschlußnote zur Hälfte zu tragen.

3. Bei der Zeichnung ist auf Verlangen der Subskriptionsstelle eine Kautions von 5 % des gezeichneten Betrages in bar oder bürjengängigen, von der betreffenden Stelle für zulässig erachteten Wertpapieren zu hinterlegen.

4. Die Zuteilung, welche sobald als möglich nach Schluß der Subskription durch schriftliche Benachrichtigung der Zeichner erfolgt, unterliegt dem freien Ermessen jeder einzelnen Subskriptionsstelle.

5. Die zugeteilten Stücke sind gegen Zahlung des Preises (vergl. Nr. 2) bei derjenigen Stelle, bei welcher die Anmeldung erfolgt ist, in der Zeit vom **5. bis 14. Februar 1906** abzunehmen.

**Berlin, Bonn, Elberfeld, Mannheim**, im Januar 1906.

**Deutsche Bank. Bergisch Märkische Bank. Rheinische Creditbank.**

### G. Braunsche Hoffbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe.

Volkswirtschaftliche Abhandlungen der Badischen Hochschulen. Herausgegeben von Carl Johannes Fuchs, C. Gothein, Karl Rathgen, Gerhard von Schulze-Gävernitz.

VIII. Band 1. Heft. **Für und wider Karl Marx.** Prolegomena zu einer Biographie. Von Dr. August Koppel. Preis im Abonnement 2,80 M., im Einzelverkauf 3,65 M.

VIII. Band 2. Heft. **Die Agrarpolitik des Markgrafen Karl Friedrich von Baden.** Von Dr. Otto Moerike, Rechtspraktikant. Preis im Abonnement 2,40 M., im Einzelverkauf 3,20 M.

VIII. Band 3. Heft. **Die Lederwarenindustrie in Offenbach am Main und Umgebung.** Von Dr. Ludwig Sager. Preis im Abonnement 2,40 M., im Einzelverkauf 3 M.

VIII. Band 1. Ergänzungsband. **Die christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands** mit besonderer Berücksichtigung der Bergarbeiter- und Textilarbeiter-Organisationen. Von Dr. Otto Müller, Kaplan. Preis im Abonnement 2,40 M., im Einzelverkauf 3 M.

VIII. Band 2. Ergänzungsband. **Die älteste deutsche Gewerkschaft: Die Organisation der Tabak- und Zigarrenarbeiter** bis zum Erlasse des Sozialistengesetzes. Von Dr. Franz Klüß. Preis im Abonnement 1,60 M., im Einzelverkauf 2 M.

VIII. Band 3. Ergänzungsband. **Der wirtschaftliche Niedergang Freiburgs i. Br. und die Lage des städtischen Grundeigentums im 14. und 15. Jahrhundert.** Ein Beitrag zur Geschichte der geschlossenen Stadtwirtschaft. Von Dr. Hermann Stamm. Preis im Abonnement 2,40 M., im Einzelverkauf 3,20 M.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

Karlsruhe. Museums-Saal  
Freitag den 19. Januar 1906, abends 8 Uhr

### Lieder- u. Duetten-Abend

von  
**Gabriele von Weech**  
(Sopran)  
**Hans Buff-Giessen**  
Königl. Kammersänger aus Dresden (Tenor).  
Am Klavier: Kapellmeister Georg Hofmann.  
Blüthner-Flügel von Herrn Hoflieferant L. Schweisgut hier.

Eintrittskarten: Saal 4, 3, 2 M., Galerie 2,50 u. 1 M. sind in der Hofmusikalienhandlung **Hugo Kuntz** Kaiserstrasse 114, Telefon 1850 und an der **Abendkasse** zu haben. K. 521

---

schrift „Lieferung von Fichtenpflanzen“ versehen, bis längstens 3. Februar 1906, vormittags 11 Uhr, an die unterzeichnete Stelle einzureichen, wofür die Bedingungen zur Einsicht aufzulegen. K. 480.2.  
Zusendung der Bedingungen nach auswärts findet nicht statt.  
Zuschlagsfrist 14 Tage.  
Eingehen, den 13. Januar 1906.  
Der Großh. Bahnbauinspektor.

Karlsruhe, den 16. Januar 1906.  
Großh. Generaldirektion.

---

K. 540 Offenb. **Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**  
Zur Herstellung eines neuen Aufnahmsgebäudes in Niederschoßheim sollen die Schreiner-, Glaser-, Schlosser-, Maler- und Tapezierarbeiten vergeben werden und zwar getrennt oder zusammen.  
Pläne und Bedingungen, welche jedoch nach auswärts nicht verabsolgt werden, liegen in diesseitigem Geschäftszimmer auf, wofür auch die Bedingungenanschläge verabsolgt werden.  
Die Angebote sind spätestens bis Dienstag den 30. Januar 1906, vormittags 9 1/2 Uhr, verschlossen, postfrei und mit entsprechender Aufschrift versehen, an den Unterzeichneten einzureichen.  
Offenburg, den 15. Januar 1906.  
Großh. Bahnbauinspektor.

---

K. 543. Karlsruhe. **Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**  
Mit Gültigkeit vom 1. Februar 1906 wird für die nach dem norddeutschen südwertdeutschen Verbandsgütertarif abgefertigten Wagenladungen nach und von Rostock Hafen ein Stranbahnzuschlag von 0,30 M. für den Eisenbahnwagen erhoben.  
Karlsruhe, den 15. Januar 1906.  
Großh. Generaldirektion.

---

K. 541. Karlsruhe. **Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**  
Am 1. März 1906 veranstaltet der Verband unterbadischer Pferdezüchter



**Ball- und Konzert-Handschuhe,** anerkannt vorzügl. Qualitäten empfehlen  
**LUDWIG OEHL**  
Nachfolger  
**KARLSRUHE i. B.**  
Kaiserstr. 112  
K. 390.10.3

K. 481.3. Mannheim. **Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**  
Eisenkonstruktionen.  
Die Lieferung und Aufstellung des eisernen Ueberbaues für die Straßenunterführung bei Profil 5 + 90 der Verbindungsfreie Neuer Rangierbahnhof Mannheim-Rampertheim im Gewichte von  
35 200 kg  
soll im öffentlichen Wettbewerb vergeben werden. Bedingungen, Zeichnung und Gewichtsberechnung liegen auf dem Bureau des Unterzeichneten.

Zimmer Nr. 89, zur Einsichtnahme auf und werden auch gegen post- und bestellgeldfreie Einsendung von 2 M. 50 Pf. abgegeben.  
Angebote mit entsprechender Aufschrift sind verschlossen und versiegelt bis zum Eröffnungstermin am 3. Februar 1. J., 12 Uhr vormittags, an den Unterzeichneten einzureichen.  
Zuschlagsfrist 3 Wochen.  
Mannheim, den 12. Januar 1906.  
Großh. Bahnbauinspektor.

Die Lieferung von 22 200 Stück Fichtenpflanzen zur Herstellung von Einfriedigungen soll vergeben werden. Angebote hierauf sind schriftlich, verschlossen, portofrei und mit der Aufschrift